

Central-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Central-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Subskriptionspreis beträgt 6,00 Mark. Einzelhefte 10 Pfennig. Die Post- und Fernsprechanlagen sind in Halle eingerichtet. Die Redaktion befindet sich in Halle, Markt 1. Die Druckerei befindet sich in Halle, Markt 1. Die Verlagsanstalt befindet sich in Halle, Markt 1.

Neues in Kürze.

Deutschland und Kroatien.

Dem Herrn Reichspräsidenten drückte gestern früh ein aus 60 österreichisch-mährischen SchülerInnen bestehender Chor der Volkshochschule in Olmütz, der zurzeit eine Deutschlandfahrt in Österreich, ein Glückwunsch. Hinzubringen konnte in herzlichsten Worten und ermahnte die Kinder, weiter auszuhalten in treuer Anhänglichkeit an das große deutsche Vaterland.

Das deutsche Linien Schiff „Sannover“ hat gestern Helsingfors verlassen. Der Besuch der Sannover hat Anlaß zu einer neuen Befestigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland gegeben.

Zum preußischen Staatsministerium liegen jetzt mehr als 120 Anträge von Verbänden, Organisationen und Erziehungseinrichtungen vor, die den Verbot des Jesuitensetzungsvertrages in Preußen fordern. Wie die Berliner Kammersitzung mitteilte, sollen demnächst drei weitere Gesetze in diesem Zusammenhang dem Reichstag vorgelegt werden.

Nach dem bisherigen vorläufigen Abschluß belaufen sich die staatlichen Gesamtkosten des Weltkongresses über die Fürstentümern auf 4,2 Millionen Mark.

Zur Förderung des landlichen Siedlungswezens wurde im Reichstag ein Antrag angenommen, der von der Reichsregierung für die nächsten fünf Jahre die Bereitstellung eines Betrages von je 50 Millionen verlangt.

Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf nach dem die privaten Versicherungsunternehmen die Kosten des Reichsaufsichtsausschusses für Privatversicherung decken sollen.

Von einem Vertreter des Reichsfernverkehrsministeriums wurde in Berlin die erste Hilfskassette eröffnet, wie sie bereits in Hamburg, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt a. M. eröffnet sind. Für Zweck ist der Ablass unserer Postfächer zu haben, die heute mangels Inhaltsabzuges die Hälfte ihres Inhalts aus Ausland verlaufen muß. Inland verbrauch 50 Proz. seines Frischgewichtes im Inland, davon die Hälfte in Briefkästen.

Über die bisherige Kontrolltätigkeit der Entwurfskommission sind von der Reichsregierung Nachsprüngen eingeleitet worden. Nach ihrem Abschluß wird sich die Reichsregierung von neuem mit der Frage der Aufhebung der Kontrollkommission befassen. Die offizielle Bestätigung der Berichte der alliierten Kontrollkommission ist vom Reichspräsidenten verweigert worden. Der Berliner „Korrespondent“ behauptet, daß die Fortdauer der Kontrollkommission in Deutschland vorläufig bis 31. Dezember angeordnet worden ist.

Das Pariser „Journal“ meldet, daß die Regierung in Straßburg, Metz und Nancy katholische Organisationen auf die Spur gekommen sei. In diese Richtung die katholische Bewegung in enger Verbindung mit der Heimatbewegung. Die Berliner „Humanität“ meldet von katholischen Beschlüssen der Reichsverbände in Orleans, und fordert von der Regierung die scharfe Anwendung der Gesetze gegen die neue katholische Bewegung. Daß die offizielle Heimatbewegung irgend etwas mit dem Nationalismus zu tun habe, die noch eine französisch-nationalistische Bewegung ist, ist wieder eine der üblichen Eigenmeldungen.

In einem Bericht über die italienischen Auslandsbeziehungen schreibt der „Korrespondent“ in Genoa, daß Deutschland das wichtigste Land für die italienische Ausfuhr sei. Italien müsse sich anstrengen, damit ihm dieser Markt erhalten bleibe und immer günstiger werde. Man dürfe nicht gleichgültig einen so bedeutenden Markt aufgeben lassen.

Bei der Beratung des Haushalts des belgischen Eisenbahnministeriums in der Kammer wurden mit 84 gegen 56 Stimmen die vom Eisenbahnminister angeforderten Rechte für die Beschaffung eines Kroatien- und Fremdenverkehrs dieses abgelehnt. Eisenbahnminister erklärte, er werde sich selbst einbringen und erklären, er werde den Senat um Wiederherstellung des Kredites ersuchen, da ein solcher Dienst für die Eisenbahnen von Nutzen sein würde. Darauf kam es zu kürzlichen Zusammen.

Krisenluft im Reichstag.

Die Sozialdemokraten gegen das Fürstentompromiß. / Auflösung des Reichstages? / Ausnahmezustand?

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern nach längerer Aussprache mit großer Mehrheit beschlossen, gegen das Fürstentompromißgesetz zu stimmen. Der Beschluß wurde mit 73 gegen 36 Stimmen gefaßt. Damit sind weitere Verhandlungen mit den Regierungsparteien über diese Frage erledigt. Der fraktionsoffizielle Meis wird am Freitag den Eintritt in die Beratung des Gesetzes den abweichenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründen und die Auflösung des Reichstages fordern.

Keine Aussicht auf Gesetzesannahme.

Der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion löst den Krisen aus. Keine Aussicht auf Gesetzesannahme. Der fraktionsoffizielle Meis wird am Freitag den Eintritt in die Beratung des Gesetzes den abweichenden Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion begründen und die Auflösung des Reichstages fordern.

Die Haltung der Regierung

bleibt vorläufig noch eine offene Frage. Das Reichstagskabinett hat sich zwar gestern abend in

Ein überraschender Vorstoß des Reichstanzlers.

Bei der gestrigen ersten Beratung des Reichstages über die Vorlage, durch die das Sperrgesetz für die Auseinandersetzungsprozesse mit den Fürstentümern bis zum 31. Dezember 1928 verlängert werden soll, gab Reichstanzler Dr. Marx die Erklärung ab,

man dürfe aus der Regierungsvorlage nicht den Eindruck ziehen, daß die Regierung etwa auf die absolute Entscheidung des Auseinandersetzungsgerichtes keinen Wert mehr lege. Die Regierung erwarte vielmehr, daß der Reichstag mit der erforderlichen Mehrheit ihre Vorlage annehmen werde. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, dann lege sie auf die Verlängerung des Sperrgesetzes keinen Wert.

In erster und zweiter Beratung wurde die Verlängerung des Sperrgesetzes ohne Debatte angenommen. Der sofortigen Vornahme der dritten Beratung widersprach Reichstanzler Dr. Marx in seiner Eigenschaft als Abgeordneter. Damit ist erreicht, daß über das Sperrgesetz am Freitag erst nach der Entscheidung des Auseinandersetzungsgerichtes entschieden wird.

Wenn die Reichsregierung nach Ablehnung des Fürstentompromisses keinen Wert auf Verlängerung des Sperrgesetzes mehr legt, so würde das an sich bedeuten, daß dann über die Ansprüche der Fürsten durch die ordentlichen Gerichte entschieden würde. Das kann aber überhaupt nicht die Absicht der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien sein, so daß der eigentliche Zweck des völlig unerwarteten Vorstoßes des Reichstanzlers unklar ist. Auf jeden Fall soll er einen Druck auf Annahme des Fürstentompromisses ausüben, und zwar entweder auf die Sozialdemokraten, damit diese lieber die Kompromißregelung herbeiführen helfen, als durch die Gerichte auf Grund der dann unverändert zu besorgenden Verfassungsbestimmungen über Unmöglichkeit des Privatigentums den Fürsten ersichtlich mehr sprechen zu lassen. Der Druck kann aber auch gegen die Deutschnationalen gerichtet sein, die möglicherweise einen schweren Stimmenverlust zu erwarten hätten, wenn auf die Ablehnung des Fürstentompromisses etwa Reichstagsauflösung und Neuwahlen unter der Parole erfolgen sollten: Gegen die volle Befriedigung der Fürstenansprüche durch die ordentlichen Gerichte.

Insgesamt ist infolge der abweichenden Haltung der beiden größten Parteien die innerpolitische Lage völlig unklar.

Auf eine Anfrage der Kommunisten wiederholte Reichsarbeitsminister Dr. Braun die Erklärung, daß angesichts der schlechten Lage des Arbeitsmarktes die Erwerbslosenunterstützung in der bisherigen Höhe weitergeplant werden soll. Eine entsprechende Entschärfung wurde vom Reichstag angenommen.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde eine Novelle zum Verlesungsgesetz angenommen, wonach die Kronenstellen für die Heilbe-

handlung kriegsbeschädigter Kassenmitglieder in bestimmten Fällen aus der Reichsliste weicher Erfolg erhalten sollen. Schließlich wurde auch ohne Aussprache die Novelle zum Gesetz über die Befähigung Schwerbeschädigter, und das Gesetz über Rückgabe der für Bekleidungsgegenstände in Anspruch genommenen Grundstücke und Plätze angenommen.

Die Blätter verzeichnen denn verschiedene andere Lösungsmöglichkeiten, um den Beschluß eines Ermäßigungsgerichtes über der Reichsregierung die Vollmacht geben soll, um sich aus ein Reichsgerichtsgericht einzusetzen. Aber auch dieser Vorstoß dürfte sich nach mehreren Blättern ebenfalls mit einfacher Mehrheit durchzuführen lassen. Die Demokraten denken an die Wiederaufnahme ihres Antrages, den Vändern die gesetzliche Regelung der Fürstentompromisse zu überlassen.

Aber auch für diesen Fall ist mehr als zweifelhaft, ob für den Antrag die notwendige Zweidrittelmehrheit sich finden würde.

Die endgültige Entscheidung der Parteien um Freitagmorgen fällt erst in der letzten Fraktionssitzung Freitagvormittag, kurz vor Beginn der dritten Lesung.

Keine Änderung der Aufwertungsregelung?

Gegenüber der Reichsregierung, die die Reichsregierung heute zu einer neuen Beratung über eine Reform der Aufwertungsregelung bereit sein möchte, die Anhänger der Reichsregierung sind mit den geschädigten Sparern und Sparschneidern verbunden haben, hat der Reichsfinanzminister auf die direkte Anfrage mehrerer sozialdemokratischer Abgeordneter der Reichsliste erklärt, daß dieser Regelung handle es sich lediglich um einen Wandel. In der Reichsregierung bestünde die Absicht, die Reichsliste nicht zu ändern, sondern die Aufwertungsregelung weiter jetzt noch später gerichtet werden dürfe.

Meinungsstreit in der Zollfrage.

Die Verhandlungen über die Zollfrage, die zwischen der Regierungspartei und der Sozialdemokraten gestern im Reichstag hatten, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Sie wurden daher um 8 Uhr abgebrochen und auf heute, Freitag, vertagt. Am Freitag tritt um 9 Uhr vormittags der handelspolitische Ausschuss zusammen, um sich mit dieser Frage erneut zu beschäftigen. Doch dieser Ausschuss werden Verhandlungen zwischen den Parteien wieder aufgenommen werden. Auch innerhalb der Regierungspartei ist eine Verständigung über die Zölle noch nicht erreicht. Es bestehen noch kleine Differenzpunkte, die man auszugleichen hofft.

Währungsunruhen in Paris.

Der holländische „Courant“ meldet aus Paris: Der neue Finanzminister hat in Paris zu den ersten kommunikativen Ausgehungen gegen Calixtus geführt. Die Polizei hat am Donnerstag über hundert Demonstrationen verbotet. Beamten- und Gewerkschaftsverbände sind zu gemeinsamen Beschlüssen über einen Meistertag für Erhöhung der Löhne und Gehälter für Sonnabend mit Paris berufen worden. Das Pariser „Journal“ schreibt, nur die sofortige Erhöhung der Löhne im Frankens könne die unruhigen sehr ernste Lage noch mildern.

Gegenüber verschiedenen in der französischen Presse veröffentlichten Nachrichten über die Finanzsituation wird von verschiedenen Blättern u. a. bemerkt, daß die Reichsregierung die französische Regierung ihre Unterstützung bei der Finanzkonsolidierung gegen eine eventuelle Kündigung des Rheinabkommens angeboten habe und daß der Bericht der Finanzkommissionen auch nur ausnahmsweise einen Stabilitätsgarantien angeht.

Deutschnationale und Fürstentompromiß.

Da sagt man uns immer — und ganz gewiß nicht mit Unrecht — Politik ist die Kunst des Möglichen. Aber von dieser Kunst, und also von Politik, ist bei der Behandlung der Fürstentompromisse im Reichstag nachweislich nicht viel zu hören: erst einbaldige Verhandlungen, dann Volkstümlichkeit (der noch ein lautes Mißtrauensvotum gegen die Fraktion des Parlamentes ist, die Frage zu erledigen und nach genau zu entscheidende Verhandlungen, dann Volkstümlichkeit).

Die Herren da oben in der metten Hallen des Hauses der deutschen Volkstümlichkeit scheinen wirklich herzlich wenig zu bedenken, was das Volk — das sie bestellt hat, damit sie politische Arbeit leisten, hat zu leisten — zu diesem unwürdigen Schauspiel sagt. Das deutsche Volk will endlich eine Regierung, die die eigenen Interessen, es will diesen Zankapfel herausgeben aus dem politischen Leben, damit der Weg frei wird für die wirklich wichtigen und doch wirklich dringenden politischen Probleme. Ganz besonders für energiegeloste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Statt dessen freit man und freit man.

Der Volkstümlichkeit hat eine ganz klare Politik besser gegeben, die keine verfahrenswidrige Entscheidung der Fürsten, sondern eine rechtliche Regelung wollen. Woher man einig sein nicht auch die Abgeordneten dieser Reichsliste und bringen eine solche Regelung endlich zustande? Die Zeit des Volkstümlichkeitsstimmungskaufes ist vorbei, jetzt heißt es, aus dem Ergebnis das politische Fazit ziehen, d. h. das Mögliche, das Erreichbare zu verwirklichen. Jetzt muß die Frage nach dem, was nicht geschehen ist, hinter der Frage, was möglich ist, nach der Hand hinter der Politik greifbar sein.

Aber an die Einigung steht niemand zu denken, sonst müßte Dr. Stresemann nicht in der „Täglichen Rundschau“ unter dem Titel: „In letzter Stunde“ ein solches Unwesen eine Sitzung empfehlen wissen, die kein einflussreiches und parlamentarisch Denkendes als ein Volkstümlichkeitskriterium erscheinen wird, mit dem die Herren Abgeordneten sich über ihren eigenen Mangel an ernstem Einigungswillen hinwegsetzen lassen. Wo bleibt die Würde des Parlamentes, die Würde des deutschen Volkes? Würdiger wäre es wohlhabender, wenn die Abgeordneten auf alle Fälle verzichten und sich mit dem guten Willen, den das Volk von allen seinen Abgeordneten mit Recht erwarten kann, an eine einmündliche Einigung heranzusetzen, die auch im Falle der Reichsliste nicht.

Wenn die Sozialdemokraten, von der lausenden nützlichen Konturren, getrieben, dem Regierungsentwurf nicht zustimmen können oder wollen; gut, dann mögen sie ihren Sonderweg gehen; es läßt sich auch ohne sie Politik machen, und ganz in den bevorstehenden Wahlen Fragen — die die Wirtschaft zu retten und die Arbeitslosigkeit, statt ins Ingeheuer zu wachsen, abzumildern ist — ganz gewiss sogar besser ohne sie. Immerhin muß man zugeben, daß sie in der Fürstentompromisse weitgehend bemüht sind, Politik, d. h. Kunst des Möglichen, zu treiben, indem sie nicht mehr auf der völligen Entscheidung des Volkstümlichkeitsrichters, sondern nur noch Mißtrauensvotum in der Richtung, aber unter weitgehendem Beschutze ihrer ursprünglichen Auffassung stehen.

Dagegen erscheint uns die Haltung der Deutschnationalen als recht unglücklich und unpolitisch. Wir verstehen das, was sie fordern, als Wunsch nach Ruhe, aber nicht als Politik. Die Zeit der Wünsche ist jetzt, wie schon betont, vorbei. Die Politik, die Kunst des Möglichen hat das Wort. Eine Regelung der Fürstentompromisse in der Richtung, aber unter weitgehendem Beschutze ihrer ursprünglichen Auffassung stehen.

Dabei müßte ihnen der Regierungsentwurf u. a. auch nicht zu tun, was ihnen nach ihrem Grundentscheidungen wirklich unannehmlicher wäre. Denn der Kampf ging, darin hat alle Gegner des Volkstümlichkeitsentwurfes mit ihnen einen letzten Endes nicht um ein paar Schilling, um nicht oder weniger, sondern um die Grundlage jeder politischen Ordnung, um die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Herrschaft des Volkstümlichkeits. Der Regierungsentwurf enthält das Volkstümlichkeitsabgelehnt an. Alles dieses sind Reformfragen zweiten Grades, aber die man sich mit allen Parteien, die gleichfalls den Volkstümlichkeits abnehmen, eigenständig behandeln könnte. Und einigen muß. Denn der Volkstümlichkeits

